Stadt Stolberg (Rhld.)

Niederschrift

über die Sondersitzung
des **Hauptausschusses**
Sitzungskennziffer: **XVI / 4**
Tag der Sitzung: **Mittwoch, 10.02.2010**

HA

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun

Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Er begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die zahlreich erschienenen Schüler, Eltern und Lehrer des Goethe-Gymnasiums.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung unter Verkürzung der Ladungsfrist form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Er bittet, die Tagesordnung im A) öffentlichen Sitzungsteil um folgenden Punkt zu erweitern:

2. Mensa Goethe-Gymnasium;
hier: Erteilte Planungsaufträge

Der bisherige TOP A) 2. wird nunmehr

A) 3. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Mensa Goethe-Gymnasium;
   hier: Finanzierung

2. Mensa Goethe-Gymnasium;
   hier: Erteilte Planungsaufträge

3. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

---

A) Öffentliche Sitzung:

1. Mensa Goethe-Gymnasium;
   hier: Finanzierung

Auf Bitte von BM Gatzweiler informiert der Kämmerer die Hauptausschussmitglieder über das Gesprächsergebnis mit der Kommunalaufsicht (KA).

Zunächst erinnert Dr. Zimdars an seine Vorlage aus der Januar-Sitzung des HA/Rat, in der er auf die anstehende Überschuldung der Stadt hingewiesen und entsprechende Beschlussvorschläge unterbreitet habe. Die desolate Finanzlage zwinge die Stadt, neue, vorher nicht gekannte, Abwägungsprozesse zur Abwendung der drohenden Überschuldung vornehmen zu müssen. Einzelbeschlüsse aus 2009 seien nach den neuen haushaltsrechtlichen Spielregeln nicht mehr von Relevanz. Neue Maßnahmen seien grundsätzlich nicht mehr zulässig. Jede Maßnahme sei neu, so lange der Bagger nicht an der Baustelle stehe. Zur Abwendung der Überschuldung sei jede Maßnahme auch im Hinblick auf Alternativen kritisch zu überprüfen. Dies treffe nun auch den Erweiterungsbau am Goethe-Gymnasium. In Stolberg würden beide Gymnasien im Ganztagsbetrieb geführt. Haushaltsrechtlich handele es sich hierbei um eine freiwillige Leistung der Stadt. Die theoretische Möglichkeit der Beendigung des Ganztagsbetriebs zeige den freiwilligen Charakter.
Er geht darauf ein, dass der Schulträger im Ganztagsbetrieb lediglich die Möglichkeit zur Einnahme eines Imbisses einräumen müsse. Hierzu sei ein warmes Mittagessen und eine Mensa sicherlich wünschenswert, aber keineswegs rechtlich zwingend. Nach den Schulbaurichtlinien seien auch zusätzliche Räume für den Ganztag erforderlich. Diese Richtlinien hätten aber nur Empfehlungscharakter. Also seien diese Räume haushaltsrechtlich als freiwillige Leistung einzustufen. Als Kämmerer müsse er in Folge der strengen Orientierung am Haushaltsrecht zu dem Schluss kommen, dass der Erweiterungsbau am Goethe-Gymnasium wünschenswert, aber haushaltsrechtlich eine

neue, freiwillige Leistung und damit unzulässig sei. Überschuldung sei verboten. Die Abwendung der drohenden Überschuldung müsse oberste Priorität bei allem Handeln der Gemeinde haben, zumal günstigere Alternativen in der Vorlage dargelegt seien und die Finanzierung sowohl für den Bau als auch für de Folgekosten ausschließlich über Kredite realisierbar seien, wenn man von dem geringen Landeszuschuss absehe.

Bürgermeister Gatzweiler bedankt sich bei Herrn Dr. Zimdars für dessen Ausführungen zu den Maßnahmen, die Bund und Land den Städten aufs Auge drücken.

Sodann räumt der Hauptausschuss der Leiterin des Goethe-Gymnasiums, Frau Luczak, einmütig Rederecht ein. Diese geht in ihrer Genese auf die große Verunsicherung bei den Kindern, Eltern und im Kollegium ein. Vor zwei Jahren sei man mit so viel Ideen und Idealismus in das neue und vielversprechende Projekt gestartet. Sie ruft in Erinnerung, dass ihre Schule mit 840 Schülern beschult und nur für 650 Schüler ausgelegt sei. Ohne die zusätzlichen, nunmehr zur Disposition stehenden, Funktionsräume sowie die Mensa könne der Ganztagsbetrieb im Goethe-Gymnasium nicht eingeführt werden. Auch sie sei in den letzten Tagen nicht untätig gewesen und habe Telefonate mit der Bezirksregierung und der StädteRegion geführt. Seitens der Bezirksregierung habe man ihr bestätigt, dass die Stadt sehrwohl Bedingungen für den Ganztagsbetrieb erfüllen müsse. Sie zeigt sich empört über die Aussage des Kämmerers, dass auf den Ganztagsbetrieb verzichtet werden solle.

Für die FDP stellt deren Vorsitzender Engelhardt heraus, dass seine Fraktion sich klar und deutlich gegen den Weiterbau der neuen Mensa ausspreche. In den Äbwägungsprozess habe man nicht nur Schüler und Eltern des Goethe-Gymnasiums sondern die Gesamtbevölkerung Stolbergs einbezogen. Verantwortungsvoll lehne die FDP das Projekt ab, da das Geld bei anderen Maßnahmen (Sport, Ehrenamt, Alten- und Jugendarbeit) fehle. Abschließend stellt er unmissverständlich heraus, dass sich die FDP-Fraktion einer anderen Lösung (im Bestand) nicht verschließen werde.

Für die CDU-Fraktion bedankt sich deren schulpolitischer Sprecher Emonds für den engagierten Beitrag der Schulleiterin Frau Luczak. Seine Fraktion halte den Mensabau weiterhin für zwingend erforderlich. Zu politisch verantwortungsvollem Handeln gehöre auch, Schülern, Eltern und Lehrern Planungssicherheit zu geben. Daher spreche sich die CDU-Fraktion mit Nachdruck für den Erweiterungsbau aus. Die CDU-Fraktion stelle heute einen Alternativantrag zur Abstimmung, der im Vorfeld mit den Vorsitzenden der SPD-Fraktion und der Fraktion B'90/Grüne besprochen und von deren Fraktionen unterstützt werde.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf hält an dem Beschluss zum Mensabau für 2 Mio.€ fest. Er geht auf die Verwaltungsvorlage für die Sitzung des BVA vom 15.07.2009 ein und zitiert die von der Verwaltung dargelegte Notwendigkeit für den Erweiterungsbau. Jeder investierte Euro in Schule/Bildung stelle eine Investition in "unsere Zukunft" dar. Für ihn sei es daher nicht nachvollziehbar, wie es sich hierbei um "unrentierliche Kosten" im Sinne des Haushaltsrechts handeln könne. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Bundes- und Landesgesetzgeber nicht müde würden, die Notwendigkeit zukunftsträchtiger Investitionen in unsere Kinder zu kommunizieren. Er stellt klar heraus, dass das Goethe-Gymnasium für die SPD-Fraktion als Ganztagsschule nicht zu Disposition stünde. Vielmehr gehe er davon aus, dass der Kämmerer, als seinerzeitiger Fachdezernent, in 2009 alle Alternativen (Mensaneubau sowie den Bedarf der zusätzlichen Funktionsräume) gewissenhaft geprüft und ermittelt und sodann dem BVA als unerlässlich vorgeschlagen habe. Nunmehr lege das neue

Haushaltsrecht äußerst strenge Kriterien an neue Kreditaufnahmen. Rat und Verwaltung seien jetzt gefordert, die Unerlässlichkeit der zusätzlichen Funktionsräume zu überprüfen. Seien Fraktion unterstütze daher den Antrag der CDU-Fraktion voll inhaltlich.

Für die Grünen schließt sich Ratsfrau Krings den Ausführungen von RM Wolf an und erinnert daran, dass gerade die Bundesrepublik in Sachen Schulwesen weit hinter anderen europäischen Ländern rangiere.

RM Emonds, UWG, bittet den Kämmerer darzulegen, wo/wie die eingesparten Ausgabemittel bei Nichtbau der Mensa verwendet würden.

Beig. Dr. Zimdars erläutert, dass das bisherige Prinzip der Einsparung von Ausgaben zur Finanzierung von anderen Finanzpositionen für Stolberg jetzt nicht mehr gelte. Die Nichtverausgabung von Mitteln schaffe für die Stadt keine freien finanziellen Kapazitäten für alternative Maßnahmen.
Jedes einzelne Projekt werde ab sofort bezüglich der Notwendigkeit zur Disposition gestellt. Dem Rat sei mit der aktuellen Finanzlage die alleinige Souveränität (über Projekte entscheiden zu können) genommen worden. Hierbei sei die “Freiwilligkeit” einer/s Maßnahme/Projektes entscheidendes Kriterium. Diese schwierige Lage treffe die Stadt Stolberg allerdings nicht alleine. Vielmehr träfe es Kommunen landesweit. Da das Haushaltsrecht in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich angewandt worden sei, sei die Entscheidung der jeweiligen KA schwer zu prognostizieren. Daher würden die Kommunalaufsichten in NRW die ihnen zugehenden kommunalen Stellungnahmen an den Innenminister weiterleiten. Landesweit sei man an einer einheitlichen Vorgehensweise interessiert.

Für die LINKEN zeigt sich RM Prußeit mit Bezugnahme auf die gemeinsame Antragstellung dankbar über das solidarische Auftreten von CDU-, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Grüne. Er unterstreicht das Argument seiner Ratskollegin Krings, wonach sich die Stadt Stolberg mit der Einführung des Ganztagsbetriebs schulpolitisch ”langsam” an europäischen Normen orientiere. In der heutigen Zeit sei es für die LINKEN unabdingbar, dass der Rat Ausgaben in Bildung und soziale Bereiche schütze.

RM Emonds, UWG, spricht sich gegen den Mensabau aus. Da er im Hauptausschuss nur als beratendes Mitglied fungiere, werde er im Rat gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Bürgermeister Gatzweiler bittet den Hochbauamtsleiter, Herrn Coopmann, um Darlegung des Sachstands.

Herr Coopmann führt aus, dass
alle Fachingenieure und Architekten beauftragt,
die Statik weitestgehend abgeschlossen und
die Gewerke Gründung und Rohbau submittiert seien.

Bürgermeister Gatzweiler bittet die Oberrechtsrätin, Frau Nolte, darzulegen, was passiert, wenn das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt gestoppt würde.

Hierzu führt die Oberrechtsrätin aus, dass bis zum 09.02.2010 insgesamt 160.000,00 € verausgabt waren. Momentan liefen die erteilten Aufträge weiter. Würde man die

Maßnahme heute durch Beschluss stoppen, kalkuliere sie den Schaden grob auf 200.000,– €, da noch Schadensersatzansprüche zu den bereits verausgabten 160.000,– € in Höhe von ca. 40.000,– € für bereits submittierte Aufträge dazukämen.

Vor Einstieg in die Abstimmung ergreift Bürgermeister Gatzweiler das Wort. Fakt sei, dass man heute nicht sagen könne, wann die endgültige Entscheidung der KA vorliegen werde. Zur Zeit werde im Rahmen der gesetzlichen Regelungen alles für die Schule getan. Er sei sehr an der Prüfung interessiert, ob die zusätzlichen Funktionsräume erforderlich seien. Die KA habe nachdrücklich die Abwägung der Investitionen eingefordert. Die entsprechende Prüfung stünde nunmehr an. Das Ergebnis werde Anfang März erwartet. Daher habe er in Absprache mit den Fraktionen am Montag, dem 08.03.2010 um 17.00 Uhr eine Sondersitzung des Hauptausschusses terminiert. Die Verwaltungsvorlage hierzu werde den Fraktionen jedoch frühestens eine Woche vor der Sitzung, am 01.03.2010, zugehen.

Sodann lässt Bürgermeister Gatzweiler über den Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90 / Grüne abstimmen:

Beschluss:
Der Hauptausschuss beschließt mit 15 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE) und 1 Nein-Stimme (FDP) wie folgt:

1) **Der Hauptausschuss beschließt im Wege einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 (1) 1 GO NRW, die bislang gefassten Beschlüsse zum Neubau einer Mensa zu bestätigen.**

2) **Die Verwaltung wird die notwendigen Abstimmungen mit den Aufsichtsbehörden vornehmen mit dem Ziel, den Mensabau zeitnah vorzunehmen und den Zuschuss zu sichern.**

3) **Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, in enger Abstimmung mit der Schulleitung des Goethe-Gymnasiums den Aufsichtsbehörden und dem beauftragten Architekten nochmals zu prüfen, ob die weiteren geplanten Räume für den gebundenen Ganztagsbetrieb im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zwingend erforderlich sind oder ob es in Anbetracht der dramatischen finanziellen Situation der Stadt Stolberg Einsparmöglichkeiten gibt.**

4) **Um eine Verzögerung der Maßnahme zu verhindern, erwarten die Fraktionen die Vorlage der Ergebnisse zu 2. und 3. Bis spätestens 08.03.2010. Dieser Zeitrahmen wird für die ohnehin erforderliche Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden benötigt, so dass durch die nochmalige Prüfung der Notwendigkeit der zusätzlichen Räume keine zusätzliche Verzögerung eintritt.**

5) **Die Verwaltung wird beauftragt, die Bindefristen submittierter, zur Vergabe anstehender Aufträge angemessen zu verlängern.**

2. Mensa Goethe-Gymnasium;

hier: Erteilte Planungsaufträge

Den Ausschussmitgliedern wurde die der Niederschrift als Anlage 2) beigefügte Tischvorlage ausgehändigt.

Für die SPD-Fraktion kommt deren Vorsitzender Wolf auf die Verwaltungsvorlage des Kämmerers für den BVA am 15.07.2009 zurück. Er erinnert daran, dass die Verwaltung in dieser Sitzung den zusätzlichen Raumbedarf im Goethe-Gymnasium mit Nachdruck als angemessen und unverzichtbar erläutert habe. Dies sei in der Sitzung intensiv erörtert worden. Solange dem Rat nichts Gegenteiliges vorläge, gehe seine Fraktion weiter davon aus, dass der Raumbedarf im beschlossenen Umfang angemessen und zwingend erforderlich sei. Begonnene Maßnahmen möchte seine Fraktion nicht stoppen. Derzeit sollen lediglich keine Neuvergaben erfolgen. Vor diesem Hintergrund lehne die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung als falsches Signal an die Kommunalaufsicht ab.

Den Ausführungen von RM Wolf schließt sich RM Emonds für die CDU-Fraktion voll inhaltlich an.
Für die LINKEN erklärt RM Prußeit, dass er den Beschlussvorschlag der Verwaltung ebenfalls nicht mittragen werde.

RM Emonds, UWG, bittet mit Nachdruck, alle Aufträge zum jetzigen Zeitpunkt zu stoppen. Im Hauptausschuss sitze er nur als beratendes Mitglied. Im Rat werde er eine entsprechende Vorlage vehement ablehnen.

RM Engelhardt, FDP, begrüßt die Verwaltungsvorlage und gibt zu Protokoll, dass er diese mittragen werde.

Sodann lässt Bürgermeister Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:
Der Hauptausschuss beschließt, die erteilten Planungsaufträge an die verschiedenen Fachingenieure mit sofortiger Wirkung anzuhalten bis zur Entscheidung durch die Kommunalaufsicht.

Abstimmungsergebnis:	**Dafür:**	**2 Stimmen (BM Gatzweiler, FDP)**
	Dagegen:	**14 Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)**

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

3. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

3.1 Ratsfrau Nießen, SPD, geht auf die jüngsten Diskussionen zur GS Bischofstraße in Lokalpresse und -fernsehen ein. Auch sie sei vergangenen Samstag -genau wie ihre Kollegen der CDU-AG Einzelhandel, Gewerbe und Stadtentwicklung- an der Schule gewesen. Für ihre Fraktion sei es nicht hinnehmbar, dass die unabweisbaren Sanierungsarbeiten, von denen sie sich vor Ort noch einmal überzeugt habe und welche durch entsprechende Beschlussfassungen im BVA sanktioniert seien, noch bis zu den Sommerferien dauern sollen. Sie richtet an den Bürgermeister und die Verwaltung die herzliche und ebenso dringende Bitte, alle

erforderlichen Maßnahmen sofort umzusetzen.
Hierauf erläutert der Hochbauamtsleiter das erforderliche Prozedere.

Im Anschluss daran sichert Bürgermeister Gatzweiler einen Bauzeitenplan zur Niederschrift - Anlage 3) - zu.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 18.00 Uhr.

Ferdi Gatzweiler	Edith Janus-Braun
Bürgermeister	Schriftführerin

Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:
Anlage 1) Anwesenheitsliste
Anlage 2) Tischvorlage zu TOP A) 2.
Anlage 3) Bauzeitenplan Arbeiten in der GS Bischofstraße